

---

René Rock

## WINDKRAFT UNESCO-WELTERBE

20.09.2017

---

- **Widerstand lohnt sich – Bürger haben Windkraft in Lorch zu Fall gebracht**
- **Neue Gefahr für Welterbe durch Planungen in Stephanshausen**
- **Ministerpräsident muss handeln**

Im Zusammenhang mit der Ankündigung von EnBW, die geplanten Windkraftanlagen auf dem Ranselsberg nicht zu bauen und den Vertrag mit der Stadt Lorch zu kündigen, erklärte René ROCK, Vorsitzender der FDP Fraktion im Hessischen Landtag und energiepolitischer Sprecher: „Das ist ein großer Erfolg im Sinne des UNESCO-Welterbes und seines Erhalts. Es ist aber vor allem ein großer Sieg der Bürgerinitiativen, die sich mit großem ehrenamtlichem Einsatz für den Erhalt der Landschaft und des Welterbestatus eingesetzt haben. Ohne die Hartnäckigkeit der Bürger hätte EnBW die Windkraftanlagen schon längst errichtet, denn die Unterstützung der schwarz-grünen Landesregierung hatte sich das baden-württembergische Staatsunternehmen schon gesichert. Das Beispiel Lorch zeigt auch, die Bürger können etwas erreichen, wenn sie sich wehren und der ideologischen Windkraftpolitik der Landesregierung entgegentreten.“

Rock weiter:

„Wir waren in Lorch vor Ort und haben viele Gespräche mit Bürgervertretern und Verbänden geführt. In einem offenen Brief hatte ich an den Ministerpräsidenten appelliert, die Entscheidung der UNESCO zu akzeptieren und alle Windkraftplanungen im Bereich der Welterberegion zu untersagen. Leider blieb der Ministerpräsident untätig.“

„EnBW erklärt seinen Rückzug auch damit, dass die bei Einreichung der Genehmigungsunterlagen prognostizierten Windgeschwindigkeiten deutlich unter den realen Werten liegen. Das zeigt, wie unseriös Windgutachten und die darauf aufbauende Ausweisung von Vorrangflächen ist.“

„Ich freue mich, dass der Windkraftausbau in Lorch vorerst verhindert werden konnte. Trotzdem bleibt das Welterbe gefährdet. Im Bereich Geisenheim/Stephanshausen plant der berüchtigte Projektierer ABO-Wind den Bau von acht Windkraftanlagen, was zu einer massiven Beeinträchtigung der gesamten Welterberegion führen würde. Ministerpräsident Volker Bouffier darf die Probleme nicht weiter aussitzen, sondern muss endlich handeln und Regelungen schaffen, damit das Welterbe rechtssicher vor Windkraftanlagen geschützt wird.“